



Bundesministerium
des Innern

www.bmi.bund.de

innenpolitik

ISSN 0179-4108

Informationen des Bundesministeriums des Innern | Nr. 4 August 2010

Zensus 2011 in Deutschland

**Countdown für neuen
Personalausweis läuft**

SEITE 3

Technisches Hilfswerk wird 60

SEITE 10

Impressum

Herausgeber:

Bundesministerium des Innern
Alt-Moabit 101 D
10559 Berlin

Gesamtkoordination:

Birgit Laitenberger (BMI)

Redaktion, Gestaltung, Produktion:

MEDIA CONSULTA Deutschland GmbH

Wassergasse 3, 10179 Berlin

innenpolitik@media-consulta.com

Redaktion: Petra Grampe (pg),

Alexey Imaev (ai), Sebastian Lambeck (sl),

Christina Kruse-Tschan (ckt)

Gestaltung: Martin Bremer

Lektorat: Katleen Krause, Silvia Vormelker

Produktion: René Hanhardt

Bildnachweis:

BMI, Bundesregierung, BVA, iStockphoto,

Picture-Alliance, weisflog.net

Druck:

Silber Druck oHG, Niestetal

Auflage:

17.500 Exemplare

Erscheinungsweise:

bis zu 6 Ausgaben pro Jahr

Vertrieb:

Die innenpolitik wird kostenfrei geliefert.

Bestellungen und Adressänderungen bitte an:

Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 48 10 09, 18132 Rostock

E-Mail: publikationen@bundesregierung.de

Artikelnummer:

BMI10013



20 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT 8



GEWALTPRÄVENTION 14

Inhalt

ZENSUS 2011 IN DEUTSCHLAND

Richtwerte für die Zukunft 4

20 JAHRE DEUTSCHE EINHEIT

Von historisch bewegten Zeiten zur Normalität 8

60 JAHRE TECHNISCHES HILFSWERK

Gelebte Solidarität weltweit 10

KURZ NOTIERT

12

PROGRAMME ZUR JUGENDKRIMINALITÄT

Vorbeugen gegen Gewalt 14

BUNDESVERWALTUNGSAMT

Impulsgeber für Verwaltungsmodernisierung 16

Ihr direkter Draht in die öffentliche Verwaltung: 115



Sie haben Fragen zu Öffnungszeiten, Reisepass oder Bauantrag. Über die einheitliche Behördenrufnummer erhalten Sie schnell und unkompliziert eine Antwort – unabhängig davon, ob Ihr Anliegen kommunale, Landes- oder Bundeszuständigkeiten betrifft. Die 115 ist von Montag bis Freitag von 8 bis 18 Uhr für Sie erreichbar.

NEUER PERSONAL AUSWEIS

Multifunktionskarte für jeden Bürger

Am 1. November ist es soweit: Der Personalausweis im Kreditkartenformat ist da. Mit der neuen Identitätskarte sollen sich die Bürger auch zukünftig sicher ausweisen – persönlich oder über das Internet. Der neue Ausweis kann aber noch mehr.

Ab November ist der neue Personalausweis zu haben – und mit ihm eine ganze Reihe neuer Funktionen, die den Alltag erleichtern und sicherer machen. Ob Online-Shopping oder Registrierung bei Internetportalen, ob Formulare ausfüllen oder die elektronische Steuererklärung per Internet abgeben – der „Neue“ ist ein Multitalent. Dabei stehen zwei Funktionen im Vordergrund: die eID-Funktion und die elektronische Signatur.

Sichere Übertragung von persönlichen Daten

Vor allem in der Welt des Internets eröffnet der Personalausweis neue Möglichkeiten. „Wer von mir wissen will, wer ich bin, muss mir zuerst sagen, wer er ist“, erklärt Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière die neue Onlineausweisfunktion. Dieses Verfahren

ist auch als eID-Funktion bekannt. Es soll Internet- und Automatenleistungen vereinfachen und sicherer machen. Ausweisinhaber, die diese Funktion freigeschaltet haben, können künftig allein mit einer sechsstelligen PIN-Nummer bestimmte Serviceleistungen wie Onlinebanking und Internetshopping nutzen oder Behördendienste erledigen – vorausgesetzt die Dienstleister bieten die personalisierte eID-Funktion auch an.

Für diese Identifizierungsverfahren, mit denen etwa ein Fahrzeug zugelassen werden kann, ist ein bestimmtes Lesegerät notwendig, das ab 14 Euro im Elektrofachhandel erhältlich ist. Spezielle Signatur- und Verschlüsselungsverfahren sollen verhindern, dass Dritte die Datenübermittlung abfangen. „Nur die Daten können ausgelesen werden, die nötig sind für

das jeweilige Rechtsgeschäft“, betont Dr. de Maizière. Auch der High-Techverband BITKOM hält die neue Ausweiskarte für eine gelungene Innovation. Die neuen Funktionen erhöhen gerade im Bereich des Onlinebanking die Sicherheit und bauen damit Hemmschwellen ab, lobt der Verband.

Verbindlich elektronisch unterschreiben

Dank der Unterschriftenfunktion kann der Ausweisinhaber digitale Verträge und Urkunden rechtsverbindlich unterzeichnen, wenn er diese optionale Funktion bei einem Signaturanbieter nachladen lässt. Antragsteller müssen also nicht mehr persönlich zur Behörde gehen, wenn ansonsten eine eigenhändige Unterschrift verlangt wird, sondern können das bequem am heimischen PC per Mausklick erledigen.

Kleine Karte mit vielen Möglichkeiten: So sieht der neue handliche Personalausweis aus.



Rund 180 Unternehmen testen derzeit die neuen Verfahren, darunter Banken, Fluggesellschaften und die Schufa. Langfristig sollen die neuen Funktionen flächendeckend in vielen Bereichen anwendbar sein. „Wir wollen erreichen, dass bereits zum Start des Ausweises möglichst viele attraktive Anwendungen bereitstehen“, so Bundesinnenminister Dr. de Maizière. (sl)

>> Weitere Informationen zum neuen Personalausweis finden Sie unter: www.personalausweisportal.de

ZENSUS 2011 IN DEUTSCHLAND

Richtwerte für die Zukunft



2011 wird gezählt: In Deutschland findet eine Bevölkerungszählung statt. Die Zahl der Gebäude und Wohnungen wird ebenfalls ermittelt. Neue Verfahren machen den Zensus günstiger und weniger aufwendig für die Befragten. Der Schutz der erhobenen Daten hat oberste Priorität.

Seit über 20 Jahren müssen Verwaltung und Statistikämter mit Daten arbeiten, die auf den Ergebnissen der Volkszählung 1987 basieren und seitdem statistisch fortgeschrieben wurden.

Die letzten Volkszählungen fanden 1987 im früheren Bundesgebiet und 1981 in der DDR statt. Seither gab es historische Umbrüche wie die Wiedervereinigung, in deren Folge viele Umzüge, insbesondere von Ost nach West, erfolgten. Alle Mitgliedstaaten der EU sind verpflichtet, im Jahr 2011 einen Zensus durchzuführen, mit dem aktuelle Basisdaten erhoben werden.

Neue Daten zur Bevölkerung werden dringend benötigt. Die Fortschreibung der Volkszählungsergebnisse anhand der Zahl der Geburten, Sterbefälle und der Zu- und Fortzüge, die seitdem gemeldet wurden, enthalten Ungenauigkeiten.

Die Zahl der Menschen, die wirklich in Deutschland leben, wird daher mit zunehmendem zeitlichen Abstand zur letzten Volkszählung von der offiziellen Einwohnerzahl abweichen. Klarheit darüber, wie viele Menschen wirklich hier leben, wie sie wohnen und arbeiten, wird erst der Zensus 2011 bringen. Im Rahmen des Zensus findet zugleich eine Gebäude- und Wohnungszählung statt.

Finanzausgleich abhängig von Bevölkerungszahl

Die amtliche Einwohnerzahl ist entscheidend für viele Bereiche. Sie dient als Grundlage für den Finanzausgleich zwischen Ländern und Gemeinden. Zudem bestimmt sie den Zuschnitt von Wahlkreisen und damit die Ge-

wichtung der Stimmen der Länder im Bundesrat.

Auch für politische Entscheidungen spielen Basisdaten zur Bevölkerung eine große Rolle. Die Zensusdaten dienen als Planungsgröße für Infrastrukturmaßnahmen. Um abschätzen zu können, wie viele neue Schulen, Krankenhäuser und Einrichtungen für ältere Menschen zukünftig notwendig sind, müssen die öffentlichen Verwaltungen wissen, wie viele Menschen wo leben und wie alt sie sind.

Im Gegensatz zur letzten Volkszählung 1987, die von zahlreichen Protesten begleitet wurde, soll 2011 einiges anders laufen. Das Zensusgesetz 2011 sieht die Nutzung von Daten aus bestimmten Registern (Melderegister der Kommunen, Daten der Bundesagentur für Arbeit) vor, um Zahl und Struktur der Bevölkerung zu ermitteln.

Um die amtliche Bevölkerungszahl zu bestimmen, wird nicht mehr die gesamte Bevölkerung mittels eines Fragebogens befragt. Dabei ist gesetzlich genau geregelt, aus welchen Registern welche Daten genutzt werden dürfen. Daten aus der Statistik werden an diese Regis-

ter oder an andere Verwaltungen nicht zurückgespielt.

Ergänzend zu der Registerauswertung wird bei knapp zehn Prozent der Bevölkerung eine Haushaltsstichprobe vorgenommen. Bei der Gebäude- und Wohnungszählung wird direkt bei allen Eigentümern schriftlich nachgefragt

Neues Zensusverfahren entlastet Bürger

Vorteile dieser neuen registergestützten Methode sind der geringere Aufwand und die geringeren Kosten für die Bevölkerung. 1987 gingen etwa 500.000 Interviewer von Haus zu Haus. 2011 sind es mit circa 70.000 deutlich weniger, da nur noch maximal zehn Prozent der Bevölkerung befragt werden.

Diese Stichprobenergebnisse dienen dazu, Fehler in den Melderegistern abzuschätzen und im abgeschotteten Bereich der statistischen Ämter zu korrigieren. Aufgrund des „Rückspielverbotes“ im Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts vom 15. Dezember 1983 werden keine Daten an die Registerbehörden zurück übermittelt.

Die Zensuskommission

Der Bundesminister des Innern hat am 14. September 2007 eine wissenschaftliche Kommission zur Begleitung und Mitgestaltung des registergestützten Zensus 2011 berufen. Die Zensuskommission wird die Auswertung des Zensus wissenschaftlich begleiten und unterstützen. Sie hat die Aufgabe, die von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder entwickelten Konzepte, Methoden und Verfahren für den registergestützten Zensus, einschließlich der ergänzenden Stichprobe bei bis zu zehn Prozent der Bevölkerung, zu prüfen, die entsprechenden Umsetzungsarbeiten kritisch und konstruktiv zu begleiten sowie Empfehlungen für das weitere Vorgehen auszusprechen.

>> www.zensuskommission.de

Über die Befragung der Haushalte lassen sich Informationen zu Bildung, Ausbildung, Beruf, Migrationshintergrund und Religionszugehörigkeit gewinnen. Diese Daten sind nicht in den Verwaltungsregistern der Meldebehörden enthalten.

Die Antworten können einem Interviewer zum Zensusstichtag, dem 9. Mai 2011, gegenüber persönlich abgegeben oder per Post oder online übermittelt werden.

schriftlich zum Zustand ihrer Häuser und Wohnungen sowie zur Wohnsituation befragt. Hierzu existieren in Deutschland keine Register. Angaben zum Beispiel zur Gebäudeart, zum Baujahr und zur Heizungsart sind jedoch für raumplanerische Entscheidungen der Kommunen relevant.

Die im Rahmen des Zensus erhobenen erwerbsstatistischen Daten helfen außerdem, die Auswirkungen des technologischen Wandels

nen sich die Bürger hundertprozentig verlassen“, so der Vorsitzende der Zensuskommission, Professor Dr. Gert G. Wagner. Wie für alle amtlichen Statistiken gilt auch für den Zensus: Einzelangaben der Befragten werden strikt geheim gehalten. Durch räumliche, personelle, organisatorische und technische Maßnahmen wird sichergestellt, dass das Statistikgeheimnis gewahrt bleibt.

Daten werden so früh wie möglich anonymisiert

Gemäß des Volkszählungsurteils des Bundesverfassungsgerichtes von 1983 werden die Daten so früh wie möglich anonymisiert. Alle Hilfsmerkmale, die nur für die innerstatistische Zuordnung und Auswertung benötigt werden (zum Beispiel Name und Anschrift), werden so schnell wie möglich von den Erhebungsmerkmalen getrennt und auch wieder gelöscht, sobald sie für die Zuordnung nicht mehr erforderlich sind.

Ziel des Zensus ist es, Strukturdaten zur Bevölkerung und ihrer Arbeits- und Wohnsituation zu ermitteln. Informationen über die individuellen Lebensverhältnisse der einzelnen Bürger interessieren dabei nicht.

Die Statistischen Ämter von Bund und Ländern bereiten derzeit den Zensus 2011 vor. Wissenschaftlich begleitet wird die Erhebung durch die Zensuskommission, die von Professor Dr. Wagner geleitet wird. Sie besteht aus anerkannten Wissenschaftlern. Bereits 18 Monate nach dem Zensusstichtag sollen die ersten Ergebnisse vorliegen, insbesondere die amtliche Bevölkerungszahl. (pg/BMI)

>> Weitere Informationen finden Sie unter: www.bmi.bund.de und www.zensus2011.de

„Das Statistikgeheimnis schützt die Zensusdaten perfekt.“

Antworten auf die Fragen müssen die Bürger auf jeden Fall, wenn sie keine Bußgelder riskieren wollen. Eine Ausnahme bildet die Frage hinsichtlich des Bekenntnisses zu einer Religion, Glaubensrichtung oder Weltanschauung. Die Antwort hierauf ist freiwillig.

Für die Gebäude- und Wohnungszählung werden die rund 17,5 Millionen Eigentümer in Deutschland

auf das Erwerbsleben einzuschätzen. Sie geben zum Beispiel Aufschluss darüber, wie viele Personen in welchen Berufen und in welchen Branchen tätig sind.

Schutz und Vertraulichkeit der im Rahmen des Zensus erhobenen Daten haben höchste Priorität. „Das im Gesetz festgeschriebene Statistikgeheimnis schützt die Zensusdaten perfekt. Darauf kön-

Der Zensus 2011 gibt auch Aufschluss über die Bevölkerungsstruktur Deutschlands.



„Bedenken der Bürger müssen ernst genommen werden.“

innenpolitik: Fast 25 Jahre sind seit der letzten Volkszählung 1987 vergangen. Wie würden Sie den Kritikern von damals erklären, warum es 2011 einen Zensus geben wird?

Prof. Dr. Gert G. Wagner: Der neue Zensus ist ebenso notwendig, wie es der alte war, um die amtliche Bevölkerungszahl festzustellen. Zudem benötigt die Wissenschaft die Zensusergebnisse für eigene Erhebungen. Nur so kann sie ihre Stichprobenergebnisse für die Allgemeinheit hochrechnen – da gibt es keine Alternative. Und über den Umweg wissenschaftlicher Analysen gehen die Zensusdaten auch in staatliche Planungen ein, insbesondere in die kommunale Planung.

innenpolitik: Das heißt, die Kommunen können aus dem Ergebnis schließen, wie viele Kindergärtenplätze einzuplanen sind?

Gert G. Wagner: Nein. Nicht direkt. Zukünftige Entwicklungen können natürlich nicht unmittelbar aus Daten abgelesen werden. Der Zensus ist nur eine Grundlage für Analysen und Prognosen, an denen sich dann Verwaltung und Politik orientieren können. Dabei ist es wichtig, dass nur mithilfe der Zensusergebnisse, die die ganze Republik kleinräumig beschreiben, der Zusammenhang zwischen staatlicher Infrastruktur, zum Beispiel Kindergärten und Schulen, und so unterschiedlichen Phänomenen wie zum Beispiel Erwerbsbeteiligung und Geburten aussagekräftig analysiert werden kann. Direkt und unmittelbar verantwortlich für staatliches Handeln sind Zensusergebnisse allerdings nur im Bereich des Finanzausgleiches innerhalb Deutschlands, aber auch innerhalb der Europäischen Union. Von den amtlichen Bevölkerungszahlen hängen große Summen ab.

innenpolitik: Einzelergebnisse des Zensus fließen nicht an die Verwaltung zurück. Welche Auswirkungen hat dies?

Gert G. Wagner: Der Datenschutz wird perfekt eingehalten. Die Volkszählung wird keineswegs mithilfe von Registerdaten, wie es immer wieder behauptet wird, durchgeführt, sondern nur mit Kopien dieser Daten. Diese Kopien werden der amtlichen Statistik zur Verfügung gestellt. Die amtliche Statistik gibt aber keine Informationen an die Meldestellen der Kommunen zurück. Bürger, die

sich zum Beispiel bei einem Umzug in ihrer alten Gemeinde nicht abgemeldet haben, brauchen demnach auch keinen Bußgeldbescheid zu fürchten. Das im Gesetz festgeschriebene Statistikgeheimnis schützt die Zensusdaten perfekt. Darauf können sich die Bürger hundertprozentig verlassen.

innenpolitik: Bisher gab es im Vergleich zur Volkszählung 1987 keine großen Proteste. Wieso verhalten sich die Menschen so ruhig?

Gert G. Wagner: Es geht nicht um persönliche Daten, es geht nur um Statistik. Die Proteste von 1987 hatten symbolischen Charakter; es ging um Protest gegen Politik, von der viele den Eindruck hatten, dass sie die Menschen nicht mehr ernst nimmt. Der Zensus an sich war und ist nach meiner Überzeugung datenschutzrechtlich völlig unbedenklich. Niemand wird diese Informationen missbrauchen und Persönlichkeitsprofile können damit nicht erstellt werden. Ich möchte aber Bedenken von Bürgern nicht kleinreden. Sollte es noch zu deutlichen Protesten kommen, sollte sie die Politik sehr ernst nehmen, denn dahinter verbirgt sich eine tiefere Unzufriedenheit mit der Politik.

innenpolitik: Immer wieder ist zu lesen, dass die Menschen in Zeiten von Facebook, studiVZ und Co. freigiebiger als früher mit ihren persönlichen Daten umgehen. Wie denken Sie darüber?

Gert G. Wagner: Das stimmt. Das ist trotzdem kein Freibrief für einen Zensus. Es ist schließlich ein großer Unterschied, ob sie sich entscheiden, ihre Daten freiwillig in einem sozialen Netzwerk preiszugeben, oder ob sie vom Staat verpflichtet werden, einen Fragebogen auszufüllen. An diesem Unterschied ändert auch die Tatsache nichts, dass die Zensusergebnisse perfekt anonymisiert werden (also Einzelne in den Ergebnissen gar nicht erkennbar sind) und der Zensus auch viel weniger interessante Informationen ermittelt, als sie viele junge Menschen freiwillig und gut sichtbar ins Internet stellen.



Prof. Dr. Gert G. Wagner ist Vorsitzender der Zensuskommission.

Von historisch bewegten Zeiten zur Normalität

Wird über die Bilanz der deutschen Einheit gesprochen, steht meist der wirtschaftliche Prozess im Vordergrund, der sogenannte Aufbau Ost. An ihm scheiden sich die Geister. Nach 20 Jahren lohnt aber auch ein Blick auf die gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland.



Dieses Jahr wird gefeiert: 20 Jahre deutsche Einheit. Wer hätte 1989 an den Fall der Mauer geglaubt, der den Weg zur Wiedervereinigung Deutschlands öffnete. 40 Jahre dauerte die deutsche Teilung. In dieser Zeit entwickelte sich das Wirtschaftssystem der DDR nahezu vollständig getrennt vom marktorientierten System des Westens.

Mit der Wiedervereinigung stellte sich die Aufgabe, die Planwirtschaft der DDR in eine soziale Marktwirtschaft zu überführen. Wie sich nach der Wirtschafts- und

Währungsunion vom 1. Juli 1990 zeigte, war die DDR quasi zahlungsunfähig und ostdeutsche Produkte hielten dem internationalen Wettbewerb nicht stand. Die Wirtschaftsleistung pro Einwohner lag bei rund einem Drittel des westdeutschen Niveaus. Auch auf anderen Gebieten wie der Wohnungsverversorgung, der Infrastruktur und der Umwelt bestand erheblicher Nachholbedarf.

Um gleichwertige Lebensverhältnisse in Ost und West zu schaffen, unterstützt der Bund seither not-

wendige Reformvorhaben. So konnte die ostdeutsche Wirtschaft in den letzten 20 Jahren enorm aufholen. Bei allen Schattenseiten und Härten, die für viele Ostdeutsche mit dem tief greifenden wirtschaftlichen Strukturwandel verbunden waren und bis heute sind, hat sich die wirtschaftliche Basis in den ostdeutschen Ländern gut entwickelt.

Entwicklungstrend positiv

Insbesondere die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung waren durch ein starkes Aufholwachstum gekennzeichnet. Unterstützt durch große Finanztransfers wurde die marode Infrastruktur erneuert und ausgebaut und es wurden dringend renovierungsbedürftige Bauten instand gesetzt. Von 2000 bis 2010 kam der wirtschaftliche Aufholprozess weiter in Gang, wenn auch mit geringerer Geschwindigkeit als zu Beginn der 1990er-Jahre.

Trotz dieser positiven Entwicklung besteht in der Wirtschaftsleistung zwischen Ost und West weiterhin ein Abstand. Die Ursachen hierfür liegen in strukturellen Defiziten wie der vergleichsweise geringeren Zahl großer kapitalkräftiger Unternehmen im Osten. Kleine und mittlere Unternehmen, aber nur wenige größere Betriebe prägen die Wirtschaftslandschaft der neuen Länder. Dies wirkt sich auch auf den Bereich der industriellen Forschung aus. So werden in Deutschland weniger als fünf Prozent der industriellen

len Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen in den ostdeutschen Ländern getätigt. In einer Welt des schnellen technologischen Wandels kann dies ein entscheidender Entwicklungsnachteil sein.

Gleichwohl entwickelte sich die Wirtschaftsleistung seit dem Jahr 2000 insgesamt gut. Pro Kopf gerechnet, erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt in den ostdeutschen Ländern zwischen 2000 und 2010 um knapp 20 Prozent, im Westen dagegen nur um knapp zehn Prozent. Die zunehmende Zahl an Unternehmensgründungen in den neuen Ländern gibt Hoffnung auf eine weitere positive Entwicklung.

Neben den ökonomischen Herausforderungen steht die Politik vor der Aufgabe, auf beiden Seiten der ehemaligen Grenze Wissen über die Teilungsgeschichte und über den Vereinigungsprozess, seine politischen sowie historischen Hintergründe zu vermitteln, gemeinsame Lernprozesse zu organisieren und damit Verständnis füreinander zu schaffen. Entscheidend ist, junge Menschen, die die Zeit der Teilung nicht erlebt haben, zu motivieren, sich mit der SED-Diktatur und der Zeit der Teilung auseinanderzusetzen. Historische Bezüge sollen das Bewusstsein für Freiheit, Demokratie und die Achtung vor den Menschenrechten stärken.

Ausblick in die Zukunft

In den kommenden Jahren steht Deutschland vor neuen globalen Herausforderungen. Der Osten hat in vielen Zukunftsfeldern, wie Bildung, Forschung und Entwicklung, gute Chancen. War die gleichmäßige Förderung in der Fläche anfangs legitim, richten sich die Anforderungen heute auf die demografische Entwicklung und die Bedürfnisse der kommunalen Daseinsvorsorge. Kosten und Nutzen der flächendeckenden Versorgung müssen im Einklang stehen.

Ein Fazit zu Kosten und Erfolg des Aufbaus Ost lässt sich schwer ziehen, da viele Leistungen, die Ost wie West erhalten, sich nicht mehr getrennt voneinander erfassen lassen. Der Bundeshaushalt ist nach sachlichen und nicht nach regionalen Gesichtspunkten gegliedert. Am Ende darf nicht vergessen werden, dass die eingesetzten Gelder letztendlich in ganz Deutschland zu zusätzlicher Wertschöpfung geführt haben. So erwirtschaften zum Beispiel ostdeutsche Fachkräfte im Westen jährlich ein Sozialprodukt von 60 bis 70 Milliarden Euro und westdeutsche Unternehmen profitieren von den neu erschlossenen Absatzmärkten.

Stärkung der Wirtschaft

Zwei Entwicklungen überlagern diese wirtschaftliche Integration: der Strukturwandel, hervorgerufen durch den europäischen Einigungsprozess des EU-Binnenmarktes, und die zunehmende Globalisierung der Wirtschaft. Diese haben einen Prozess des Wachstums und der Veränderungen der exportorientierten deutschen Wirtschaft in Gang gesetzt, von dem Unternehmen und Arbeitskräfte durch neue Arbeitsplätze in Ost- und Westdeutschland profitieren. Die Zukunftsaufgaben für den Aufbau Ost bleiben in den kommenden

Jahren der Abbau der Arbeitslosigkeit, die Stärkung der Wirtschaftskraft und – damit verbunden – die Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels. Konkret bedeutet dies, den Wirtschaftsstandort ostdeutsche Länder zukunftsfest zu machen. Die Strategie für die globalen Herausforderungen Klima/Energie, Gesundheit, Mobilität, Sicherheit und Kommunikation soll eine starke Stellung Deutschlands in diesen Bereichen eröffnen und ausbauen, um die Potenziale für Wissenschaft und Wirtschaft auch für die Zukunft optimal zu nutzen. Dazu gehören eine verbesserte Kooperation zwischen wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen und der Wirtschaft sowie ein optimierter Innovationstransfer.

20 Jahre nach der deutschen Einheit gilt es, ein Bewusstsein für diese Herausforderungen in der gesamten Gesellschaft zu verankern. Die Deutschen müssen den Blick wieder auf alle Aspekte des gesellschaftlichen Miteinanders richten. Der wirtschaftliche Einstieg in die globalisierte Welt ist geschafft. Um erfolgreich zu sein, muss Deutschland sich wieder auf seine Stärken besinnen: Integrationsbereitschaft und das Nutzen von Potenzialen, die sich aus dem Wandel ergeben. *(BMI)*

Neben Investitionen in Bildung und Forschung setzt die ostdeutsche Wirtschaft auf Zukunftstechnologien, wie die Herstellung von Solarmodulen für Anbieter erneuerbarer Energien.





60 JAHRE TECHNISCHES HILFSWERK

Gelebte Solidarität weltweit

Ob bei der Bergung von Erdbebenopfern, bei drohenden Hochwasserkatastrophen oder bei der Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser nach einem Hurrikan – das Technische Hilfswerk (THW) leistet seit 60 Jahren im In- und Ausland Hilfe in Krisensituationen.

Warum engagieren sich 80.000 Menschen freiwillig im Technischen Hilfswerk? Brauchen wir das THW bei der deutschen Katastrophenabwehr überhaupt? – diese und ähnliche Fragen hörte Dr. Ole Schröder, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, während seiner sechsjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit für das THW in Schleswig-Holstein oft. Die Antworten darauf fielen ihm immer leicht: Sie sind zu finden in der sechzigjährigen Geschichte des THW und bei den Menschen, die diese schrieben.

60 Jahre THW, das ist die Geschichte von 60 Jahren Bundesrepublik, von 60 Jahren gelebter Hilfe und Zusammenhalt der Gesellschaft. Die am

22. August 1950 gegründete Organisation ist ein gutes Beispiel dafür, was den Staat stärkt und ausmacht: die Idee der Solidargemeinschaft.

Zusammenhalt und Hilfe hatte die junge Bundesrepublik Anfang der 1950er-Jahre nötig: Deutschland befand sich noch im Wiederaufbau. Strukturen im Bevölkerungsschutz waren kaum vorhanden. Beim Aufbau eines „zivilen Ordnungsdienstes“ setzte der damalige Bundesinnenminister Gustav Heinemann bewusst auf den Tatmenschen Otto Lummitzsch und seine Idee, eine Organisation zu gründen, welche technische Hilfe für Menschen in Not leistet. Seit 1953 untersteht das THW als Bundesanstalt dem Bundesministerium des Innern.

Heute arbeiten circa 80.000 Helfer ehrenamtlich und rund 800 Menschen hauptamtlich für das THW – eine für eine Behörde ungewöhnliche Struktur, die einmalig auf der Welt ist. Die Begeisterung für das Helfen teilen auch die rund 15.000 Mädchen und Jungen im Alter von zehn bis 17 Jahren, die Mitglieder der THW-Jugend, der Nachwuchsorganisation des THW, sind.

Ehrenamtlich im Einsatz

In den 60 Jahren seiner Geschichte sind einige Einsätze des THW selbst historisch geworden. Sie spiegeln die Geschichte der Bundesrepublik wider – angefangen beim Einsatz während der Sturmflut in Hamburg 1962 über das Grubenunglück von

Lengede 1963 bis zu den Hochwassern an Elbe und Oder zur Jahrtausendwende oder dem Einsturz des Kölner Stadtarchivs im letzten Jahr. In allen Situationen leistete das THW technische Hilfe vor Ort.

Hilfe im Ausland

Über die Jahre erhalten geblieben ist auch der Leitgedanke hinter den Einsätzen der freiwilligen Helfer: sich ehrenamtlich für den Schutz der Bevölkerung und notleidende Menschen zu engagieren. Diese humanitäre Idee machte das THW nicht nur im Inland, sondern auch im Ausland bekannt. Denn gelebte Solidarität darf in einer rasch zusammenwachsenden Welt nicht an den Grenzen Deutschlands halt machen.

Bereits 1953 leistete das THW nach der Sturmflut in den Niederlanden seinen ersten Auslandseinsatz. Hier spiegelt die Geschichte des THW erneut deutsche Zeitgeschichte wider: Europa wuchs nach dem Zweiten Weltkrieg zusammen und das THW war als deutscher „Botschafter“ vor Ort, wenn Not am Mann war. In Frankreich halfen THW-Kräfte 1999 nach dem Orkan

„Lothar“ – und wurden von der Bevölkerung aufgrund der Farbe ihrer Einsatzfahrzeuge „Les Anges Bleus“ (die blauen Engel) getauft. 2010 halfen THW-Experten der Bevölkerung und den Einsatzkräften in Polen bei der Bekämpfung einer Jahrhundertflutkatastrophe. Einsätze nach Dürreperioden, Überschwemmungen und Erdbeben trugen die technischen Hilfsleistungen des THW auch in weit entfernte Regionen der Welt: Die zunehmende Globalisierung führt auch zu einer Globalisierung der Solidarität.

Heute steht das Hilfswerk für technische Hilfe weltweit. Beispiele hierfür sind die Einsätze des THW nach der verheerenden Tsunami-Katastrophe 2004 in Südostasien oder 2005 nach dem Hurrikan „Katrina“ in den USA. 2008 engagierte sich das THW nach dem Wirbelsturm „Nargis“ in Myanmar und nach einem schweren Erdbeben in der südchinesischen Provinz Sichuan. Das diesjährige Erdbeben in Haiti markierte für die Bundesanstalt ein weiteres Kapitel der humanitären Hilfe im Ausland.

Mittlerweile war das THW als operative Bevölkerungsschutzorgani-

sation der Bundesrepublik Deutschland schon in mehr als 100 Ländern im Einsatz. Spezielle Auslandseinheiten und für die Anforderungen eines Auslandseinsatzes geschulte Experten stehen bereit, wenn internationale Hilfe notwendig ist. Auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes unterstützt das THW im Auftrag des Bundesinnenministeriums die Rettungskräfte vor Ort. Als international tätige Hilfsorganisation ist das THW an der weltweiten Verzahnung aller Hilfsorganisationen beteiligt. Ihm kommt bei der Europäischen Union und den Vereinten Nationen eine bedeutende Rolle zu.

THW der Zukunft

Die Geschichte des THW ist eine Erfolgsgeschichte. Was 1950 klein anging, ist heute eine zu 99 Prozent von ehrenamtlichen Helfern getragene Organisation mit einer Vielzahl an Einsatzmöglichkeiten. Es sind das vielfältige Aufgabenspektrum, das Engagement und die Qualität der Arbeit, auf die sich der gute Ruf der Angehörigen des THW gründet. „Ich bin überzeugt, dass diese Erfolgsgeschichte trotz knapper öffentlicher Kassen und des demografischen Wandels weitergeht. Dafür muss sich das THW neuen Zielgruppen als potenzielle Helfer öffnen: Das THW kann von mehr Frauen und Menschen mit Migrationshintergrund als Mitglieder nur profitieren. Das haben alle für das THW Verantwortlichen längst erkannt“, so Dr. Ole Schröder.

Warum engagieren sich also 80.000 Menschen freiwillig im THW? Es ist die Begeisterung für Technik, für die Gemeinschaft und für den Mitmenschen. Wir brauchen das THW bei der deutschen Katastrophenabwehr, denn im THW finden wir Kompetenz, Hilfsbereitschaft und Zusammenhalt. Ohne sie ist keine Gesellschaft und damit kein Staat zu machen. *(BMI)*

>> Weitere Informationen finden Sie unter: www.thw.de

An den Feierlichkeiten zum 60-jährigen Jubiläum der Gründung des THW nahm Dr. Ole Schröder, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, teil.



Bundesinnenministerium unterstützt Initiative „Erfahrung ist Zukunft“

Alt sein heißt nicht nutzlos sein. Ältere haben heutzutage zahlreiche Möglichkeiten, ihr Leben aktiv zu gestalten: zu arbeiten, sich zu engagieren, sich körperlich und geistig fit zu halten.

Seit Mitte dieses Jahres beteiligt sich daher das Bundesministerium des Innern an „Erfahrung ist Zukunft“ – der Initiative der Bundesregierung zum demografischen Wandel. Neben anderen Bundesministerien und zahlreichen Partnern unterstützt es die Ziele der Aktion: die Herausforderungen des demografischen Wandels bewusst zu machen und für ein neues Bild des Alters und des Alterns zu werben.

speziell an über 50-Jährige richtet. Dieses informiert über bestehende Programme der Partner, gibt Hinweise auf relevante Informationen und Leistungen für Ältere in allen Lebenssituationen sowie nützliche Links zu weiteren Angeboten im Internet.

Ob Praxisbeispiele, Servicetelefonaktionen oder Expertenchats – hier finden Interessierte Informationen zu neuen Wohnformen im Alter, Mentorenprogrammen, Existenzgründungen, Weiterbildungsmöglichkeiten und Fitnesstipps. Der Angebotsfinder hilft jedem Interessierten für sich das Richtige zu finden – vom Mehrgenerationenhaus bis zum Sportverein. (pg)

Der Internetauftritt der Initiative bietet ein umfangreiches Service- und Informationsangebot, das sich

>> Weitere Informationen zur Initiative finden Sie unter: www.erfahrung-ist-zukunft.de



Die Website der Initiative www.erfahrung-ist-zukunft.de

Tag der Deutschen Einheit 2010 in Bremen

Gastgeber für ganz Deutschland ist am 3. Oktober Bremen: In der Stadt an der Weser finden dieses Jahr die offiziellen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit statt. 1990 unterzeichneten Politiker aus Ost und West den deutsch-deutschen Einigungsvertrag. Seither richtet jedes Jahr ein Bundesland den Nationalfeiertag aus.

Unter dem Motto „20 Jahre Deutsche Einheit“ feiern die Ministerpräsidenten der Bundesländer, Repräsentanten der Verfassungsorga-

ne des Bundes, Abgeordnete von Bund und Ländern und Mitglieder der Bundesregierung mit 1.500 Gästen einen offiziellen Festakt, der an die Ereignisse von 1990 erinnert.

Neben dem offiziellen Programm, zu dem auch ein ökumenischer Gottesdienst und ein Treffen von Bürgerdelegationen mit dem Bundespräsidenten zählen, veranstaltet die Stadt ein großes Bürgerfest mit maritimem Charakter. Ob bei der Musikparade durch die Innenstadt mit vielen verschiedenen Gruppen

Herzstück des Bürgerfestes bildet die Ländermeile. Zwischen Rathaus und Europahafen werden sich am 2. und 3. Oktober die einzelnen Bundesländern sowie die vier sogenannten Zipfel – also die nördlichste, südlichste, östlichste und westlichste Gemeinde der Republik – präsentieren. Den Besuchern bieten sie mit regionalen Speisen und Getränken eine kulinarische Reise durch Deutschland. Informationen zu touristischen Highlights und musikalische Einlagen geben interessante Einblicke in die Vielfalt der Länder.

oder beim Kutterpullenwettbewerb auf der Weser, bei dem kräftig um die Wette gerudert wird, jeder Besucher findet etwas für sich.

Mit einem attraktiven Informations- und Unterhaltungsprogramm ist auch das Bundesministerium des Innern im Zelt der Bundesregierung vor Ort. Mehrere Hunderttausend Besucher werden erwartet. (pg)

>> www.bremen.de



Neues Informationsmaterial zu Afghanistan

Seit 2002 engagiert sich Deutschland in Afghanistan. Terrorbekämpfung, Wiederaufbau des Landes sowie die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Region sind zentrale Aufgaben. Bundeswehr, deutsche Polizisten und Entwicklungshelfer arbeiten dafür eng zusammen und unterstützen die internationale Staat-

tengemeinschaft bei ihrer Arbeit. Die Bundesregierung veröffentlicht zu ihrem Tag der offenen Tür am 21. und 22. August neues Informationsmaterial zum Thema. So bietet eine DVD Hintergrundberichte und gesammelte Informationen zu aktuellen Entwicklungen und Fortschritten des internationalen Einsatzes.



Dieses Angebot wird ergänzt durch den Flyer „Fragen zu Afghanistan“, der Antworten auf die 14 am häufigsten gestellten Fragen zu Kernpunkten des deutschen Engagements in Afghanistan gibt. Warum sind wir in Afghanistan? Wie unterstützt Deutschland den Aufbau der afghanischen Polizei? – dies sind nur zwei Fragen, die beantwortet werden. (pg)

>> Weitere Details zum Thema sowie zu den Bestellmöglichkeiten der Materialien finden Sie unter: www.bundesregierung.de und www.bmi.bund.de

BUCHTIPP

Weichenstellung für die Zukunft

Noch nie war die Lebenserwartung in Deutschland so hoch wie heute. Der demografische Wandel mit seinen Folgen ist eine der großen Herausforderungen unserer Gesellschaft. Doch was bedeutet dies für den Einzelnen? Früher oder später muss sich jeder Mensch mit dem Älterwerden auseinandersetzen. Alt werden will jeder. Alt sein nicht unbedingt. Je nach sozialer Situation oder Gesundheitszustand ergeben sich unterschiedliche Sichtweisen zu Altern und Alter.

In ihrem Buch „Zukunft Altern“ fassen die führenden Altersexperten Andreas Kruse und Hans-Werner Wahl die neusten wissenschaftlichen Befunde der Altersforschung aufschlussreich zusammen. Dabei handelt es sich um weit mehr als nur um einen Ratgeber.

Von der Biologie des Alterns über psychologische und soziologische Aspekte bis hin zum Miteinander von junger und älterer Generation erhält der Leser Antwort auf die Frage: Wodurch ist unser Leben im Alter bestimmt? Dabei kann der Altersprozess je nach „individueller und gesellschaftlicher Weichenstellung einen erfüllten Lebensabend bedeuten und eine wichtige soziale Funktion erfüllen“, so die Autoren.

Anhand wissenschaftlicher Ergebnisse stellen sie die Stärken des Älterwerdens – Erfahrung, Weisheit, Gelassenheit – heraus. Gleichzeitig schildern sie den Altersprozess als das, was er ist: eine Lebensphase der Verlust Erfahrung, in der vor allem die Gefahr droht, im hohen Alter an Selbstständigkeit zu verlieren. Doch auch dann gibt es verschiedenste Wege, das Leben individuell zu gestalten. Die Weichen hierfür müssen bereits jetzt gestellt werden.

Klar strukturiert und eingehend formuliert vermitteln die Autoren ihre Kernbotschaft: Das Altern birgt eine hohe Verletzlichkeit, aber auch viele Potenziale. Egal ob jung oder alt, wer einen umfassenden Einblick in den Prozess des Alterns erhalten will, dieses Buch liefert Antworten. (sl)

Andreas Kruse, Hans-Werner Wahl: „Zukunft Altern. Individuelle und gesellschaftliche Weichenstellung“, 2009, Spektrum Akademischer Verlag, 29,95 Euro, 568 Seiten, ISBN: 978-3-8274-2058-9



Vorbeugen gegen Gewalt

Geraten jugendliche Täter mit besonders brutalen Taten in die Schlagzeilen, heizt dies die Diskussion um Jugendkriminalität an. Dabei sinkt die Zahl der tatverdächtigen Jugendlichen beständig. Die Präventionsprogramme von Bund und Ländern zeigen Wirkung.

Es geschah in der Nähe eines S-Bahnhofes in Hamburg: Ein 17-Jähriger bettelte mit einem Kumpeleinen 44-Jährigen um Kleingeld an. Der lehnte jedoch ab. Die beiden Jugendlichen liefen Amok und prügeln auf den Älteren ein. Mit schweren Kopfverletzungen wurde der Dachdecker ins Krankenhaus eingeliefert. Vier Wochen später starb er.

Die beiden jungen Männer müssen sich vor dem Hamburger Gericht verantworten. Für die Boulevardpresse ist der sogenannte 20-Cent-Prozess ein gefundenes Fressen.

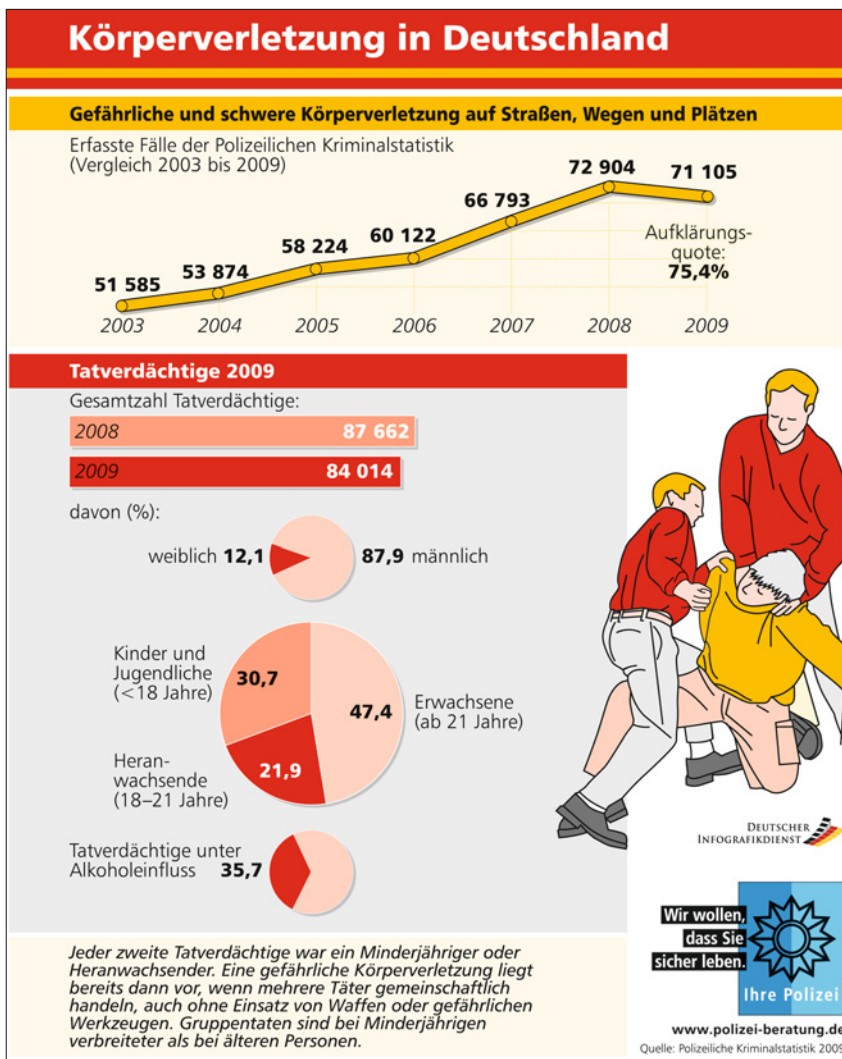
Immer wieder berichten Medien über jugendliche Messerstecher, Amokläufer und Gewalttäter und erwecken den Eindruck, dass immer mehr Jugendliche kriminell

werden oder zuschlagen. Doch das Gegenteil ist der Fall.

Zahl der jugendlichen Gewalttäter sinkt

Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) 2009 weist aus, dass die Zahl der tatverdächtigen 14- bis 18-Jährigen im Vergleich zum Vorjahr von 265.771 auf 254.205 gesunken ist. Bei der erstmals in der PKS 2009 möglichen Bereinigung um Mehrfachzählungen von Tatverdächtigen, die in mehreren Bundesländern auffällig geworden sind, ist die Zahl mit 248.702 tatverdächtigen Jugendlichen sogar noch geringer; im Bereich der sogenannten Gewaltkriminalität gingen die Zahlen von 43.574 auf 39.772, bereinigt um länderübergreifende Mehrfachfassungen sogar auf 39.464 zurück. Die Biografien von jugendlichen Gewalttätern weisen häufig Gemeinsamkeiten wie Drogenmissbrauch, eigene familiäre Gewalterfahrungen, Tendenzen zu sozialer Verwahrlosung, Erleben gesellschaftlicher Ausgrenzung oder auch den unbegrenzten Konsum von gewalthaltigen Medieninhalten auf.

In Hessen landen jugendliche Gewalttäter unter anderem im Trainingscamp des ehemaligen Profiboxers und Ex-Drogenabhängigen Lothar Kannenberg. Der von ihm mitbegründete Verein Durchboxen im Leben e. V. kümmert sich um Intensivtäter, die andere beraubt, verprügelt oder erpresst haben. Im Trainingscamp von Durchboxen im Leben erhalten bis zu 20 männliche





Mittels gezielter Präventionsprogramme sollen Gewaltkarrieren Jugendlicher verhindert werden.

Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren eine letzte Chance. Wer sie verpasst, dem droht Gefängnis. Das sechsmonatige Box- und Respekttraining soll die Jugendlichen lehren, sich an Regeln zu halten und Aggressionen abzubauen. „Es ist ein Mittelweg zwischen Jugendhilfe und Gefängnis“, beschreibt Kannenberg das Konzept. Für sein Engagement erhielt er 2005 das Bundesverdienstkreuz. 2008 wurde er zum „Gestalter des Jahres“ gekürt, im vergangenen Jahr gewann Durchboxen im Leben den Deutschen Förderpreis für Kriminalprävention. Während die Rückfallquote bei gewalttätigen Jugendlichen bei knapp 80 Prozent liegt, beträgt sie bei den Durchboxern nach Kannenbergs Einschätzung nur 20 Prozent.

Das Programm „Verantwortung übernehmen – Abschied von Hass und Gewalt“ des Violence Prevention Network richtet sich an junge Menschen, die wegen schwerer und schwerster Gewalttaten im Gefängnis sitzen und ihre Taten mit rechts-extremen, ethnozentrischen oder kulturell-religiösen Gründen rechtfertigen. Ein wichtiger Bestandteil des Trainings ist die politische Bildung der Jugendlichen, um sie zu entradikalisieren. Das Netzwerk, das von der Bundeszentrale für politische Bildung mitfinanziert wird,

kümmert sich auch nach der Haftentlassung um die jungen Menschen und hilft ihnen, sich im Alltag zurechtzufinden. Dem Großteil scheint das zu gelingen, denn nur sieben Prozent werden rückfällig.

Konflikte erkennen und eingreifen lernen

„Wenn die Justiz eingreift, ist es eigentlich schon viel zu spät“, betont der Münchener Professor Norbert Nedopil. Aus sehr aggressiven Kindern und Jugendlichen müssten nicht automatisch gewalttätige Erwachsene werden. Schon ab dem Kindergartenalter sollte der Nachwuchs lernen, Konflikte rechtzeitig zu erkennen, mit ihnen umzugehen und sie gewaltfrei zu lösen. Das spielerische Programm „Papilio“, das unter anderem von der Augsburger Puppenkiste unterstützt wird, gibt bundesweit Erzieherinnen konkrete Maßnahmen an die Hand, um Kinder in ihrer Persönlichkeitsentfaltung zu unterstützen.

„Prävention im Team“ (PiT) wurde in Schleswig-Holstein entwickelt und setzt auf die Zusammenarbeit von Schulen und Partnern im außerschulischen Bereich wie Jugendgerichte, Polizei, Suchtkliniken oder kommunale Jugendeinrichtungen. Lehrkräfte und Polizei-

beamte entwickelten gemeinsam praxisbezogene Unterrichtskonzepte und Rollenspielideen für unterschiedliche Altersstufen zu den Themen Gewalt, Diebstahl und Sucht. Das Projekt wurde unter anderem von Bayern, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz übernommen. Auch in der Schweiz, Dänemark und Kanada hat es Nachahmer gefunden. Inzwischen gibt es PiT2 für Grundschulen.

Das Olweusprogramm, benannt nach dem norwegischen Psychiater Dan Olweus, und „Fairplayer“ bekämpfen vor allem Mobbing und Gewalt an Schulen. Allen Konzepten liegt zugrunde, dass die Persönlichkeit der Kinder gestärkt wird und sie sich Kompetenzen aneignen, die für das weitere Leben wichtig sind, wie Mitempfinden, Konfliktfähigkeit oder Zivilcourage zeigen. „Wer nicht einschreitet, lässt das Opfer alleine und stärkt dem Täter den Rücken“, mahnt Kriminalrat Harald Schmidt, Geschäftsführer der Polizeilichen Kriminalprävention der Länder und des Bundes. (ckt)

>> Weitere Informationen unter:
www.bmi.bund.de
www.kriminalpraevention.de
www.polizei-beratung.de
www.frag-finn.de

BUNDESVERWALTUNGSAMT

Impulsgeber für Verwaltungsmodernisierung

Praxisnah und innovativ: Als zentraler Dienstleister des Bundes geht das Bundesverwaltungsamt seine Aufgaben effizient an. Dabei setzt die Kölner Behörde unter ihrem neuen Präsidenten Christoph Verenkotte auf moderne Strategien und gezielte Steuerung.

„Das Bundesverwaltungsamt ist als Dienstleister tätig. Zur Dienstleistung gehört dienen. Das muss man wollen, können und leisten. Und das können wir“, so Christoph Verenkotte, Präsident des Bundesverwaltungsamtes. Seit 1. März leitet der gebürtige Hesse die selbstständige Bundesoberbehörde in Köln.

In der Domstadt hat der studierte Jurist auch 1988 seine Karriere im öffentlichen Dienst begonnen. Nachdem er als Referats- und Abteilungsleiter im Bundesverwaltungsamt sowie als Referatsleiter und zuletzt Leiter der Abteilung Bundespolizei im Bundesinnenministerium tätig war, kehrte er im März als Präsident zurück. Die Rückkehr zu seinen Anfängen war für den 51-Jährigen etwas Besonderes. „Ich fühle mich der Behörde sehr verbunden. Das hat mir ein gutes Gefühl gegeben“, so Verenkotte.

Als zentraler Dienstleister des Bundes nimmt die Behörde mit ihren rund 2.400 Mitarbeitern ein breites Aufgabenspektrum wahr – vom Auslandsschulwesen über die Bearbeitung von Ausbildungsdarlehen und Bildungskrediten bis hin zur Organisationsberatung oder Einrichtung von Dienstleistungszentren. Indem das Amt die politische

Arbeit der Bundesministerien administrativ umsetzt und zahlreiche Querschnittsaufgaben wie das Reise-Management oder die Personalgewinnung des Bundes bündelt, könnten sich die anderen Bundesbehörden auf ihre Kernaufgaben konzentrieren – ein Gewinn für mehr Qualität und Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung.

Wirtschaftlichkeit und Qualität im Blick

Als Präsident sei es seine Aufgabe, moderne Rahmenbedingungen für die Mitarbeiter zu schaffen, damit sie stets das beste Ergebnis erzielen können, so Verenkotte. „Das Besondere des Bundesverwaltungsamtes ist die Vielfalt der Aufgaben und das Engagement der Beschäftigten. Wir sind für fast alle Bundesministerien und eine Fülle öffentlicher Institutionen tätig. Da ist es Aufgabe des Präsidenten, dafür zu sorgen, dass wir uns nicht nur auf einzelne Aufgaben konzentrieren. Das Gesamtergebnis muss sowohl für uns als auch für die Auftraggeber, denen wir dienen, stimmen. Hierfür ist eine intensive Kommunikation nach innen und außen erforderlich. Diese müssen wir weiterhin ausbauen.“ Es gebe kaum eine Bundesbehörde mit so viel Verwaltungs-



Christoph Verenkotte leitet seit Anfang März das Bundesverwaltungsamt in Köln.

wissen aus unterschiedlichen Bereichen, die gleichzeitig so intensiv verschiedenste Instrumente zur Verwaltungsmodernisierung nutzen und über so hohes und ausgeprägtes IT-Fachwissen verfügen. „Es ist nicht richtig, wenn Ministerien allein Gesetze für die Gesetzgeber formulieren. Diejenigen, die die Gesetze umsetzen, wie auch wir, müssen an der Gesetzgebung intensiver beteiligt werden. Unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wissen aus der täglichen Arbeit, wie sich die Gesetze in der Praxis auswirken, und können sagen, ob sie praxisnah und bürgergerecht sind“, so der Präsident. (ai)

>> www.bundesverwaltungsamt.de